



Nach Terroranschlag in Paris

Grenzen sichern, Polizei und SEKs besser ausrüsten

Sieben Verdächtige sind nach der Terrornacht in Paris im Brüsseler Stadtteil Molenbeek verhaftet worden. Die Spur der Attentäter führte nicht zum ersten Mal in das Problemviertel. Zu leicht können Terroristen nach NRW gelangen. Wir brauchen gerade zu Belgien wieder schärfere Grenzkontrollen.

Zum dritten Mal in diesem Jahr wurde in Molenbeek nach Terroristen gefahndet. In Alsdorf bei Aachen fand im Zusammenhang mit den Anschlägen in Paris ebenfalls eine Razzia statt. In solch einer Situation ist eine Rückkehr zu stationären Passkontrollen an der Grenze notwendig. Wir müssen wieder wissen, wer in unser Land kommt. Leider entzieht sich der Innenminister mit Verweis auf den Bund der Debatte. Nicht entziehen kann sich Herr Jäger aber der dringlichen Aufgabe, unsere Polizei in NRW wesentlich besser auszurüsten, da Terroristen immer leichter an schwere Waffen gelangen. Ich fordere schon lange, dass die Spezialeinheiten und auch die Polizeistreifen gemäß den heutigen Anforderungen ausgestattet werden müssen, etwa mit besseren Schutzwesten und funktionsfähigeren Panzerfahrzeugen. Die Debatte über dieses Thema hat Herr Jäger leider im gestrigen Innenausschuss unterbunden.

Ebenso müssen mehr Polizisten eingestellt werden. Die für 2016 geplante Erhöhung um 1920 Stellen reicht nicht aus, um die Sicherheitslage in NRW zu verbessern (Stichworte Alltagskriminalität, Terrorgefahr, Einbrecherbanden,...). Dazu wären voraussichtlich 2500 Neueinstellungen pro Jahr nötig.

Ehrenamt

Bürgerbusse sind Bestandteil des ÖPNV und gehören besser gefördert

Der Bürgerbus ist eine unverzichtbare Säule des ÖPNV in NRW. Nur durch den engagierten Einsatz vieler Ehrenamtlicher mit derzeit über 100 Bürgerbussen und rund 4.800 Fahrern können jährlich über drei Millionen Menschen auf dem Land und in städtischen Randlagen an den ÖPNV angeschlossen werden.

Auf Grund des demografischen Wandels wird die Bedeutung des Bürgerbusses in Zukunft weiter steigen. Deshalb fordert die CDU-Landtagsfraktion die Landesregierung auf, geeignete Rahmenbedingungen für Bürgerbusse zu schaffen. Bereits heute stoßen die Bürgervereine finanziell an ihre Grenzen, auch weil die Finanzmittel NRWs lange nicht erhöht wurden. Dazu kommen steigende Kosten durch die Umsetzung der Barrierefreiheit. Auf dieser Grundlage fordern wir eine Erhöhung der Organisationspauschale von 5.000 auf 6.000 Euro pro Verein und Jahr. Zudem fordern wir die ausdrückliche Aufnahme von Elektrokleinbussen in den Förderkatalog des Landes, da so der Anteil an Elektrofahrzeugen erhöht werden kann.

Hundestaffel

Vorgänge im Diensthundewesen werden weiter unter den Tisch gekehrt

Nach massiven Mobbingvorwürfen hatte das Landesinnenministerium eine Inspektion des Diensthundewesens in NRW angeordnet. Meine Nachfrage nach den Ergebnissen möchte der Innenminister nicht beantworten und auch den Innenausschuss im Unklaren lassen.

Die Untersuchung sollte Schwachstellen und Verbesserungspotenziale aufdecken und unter anderem die Aus- und Fortbildung unter die Lupe nehmen, um deren Ziele es offenbar interne Differenzen gab. Das Ergebnis der Inspektion wird laut Herrn Jäger zurzeit noch bewertet. Ob sich aber Polizeibeamte in Bezug auf die Mobbingvorwürfe falsch verhalten haben, wurde nicht untersucht. Eine vollständige Aufklärung der internen Querelen ist wohl nicht in Herrn Jägers Sinne. Mehr dazu: <http://kurzlink.de/GG151117>